



Foto: WfWI Programmreferentin Arizoo. WfWI's Programm wird in der Provinz Nangarhar wieder aufgenommen. Afghanistan, Februar 2022.

„Niemand hört unsere Stimmen“

Lagebericht und Handlungsempfehlungen auf Grundlage der Perspektiven und Erfahrungen afghanischer Frauen

März 2022

Einleitung

Nach der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021 erschüttert eine humanitäre und wirtschaftliche Krise das Land. In den letzten sechs Monaten wurde viel über Frauen in Afghanistan gesprochen. Doch allzu oft werden in diesen Diskussionen die Perspektiven, die Lebensrealitäten, die selbst artikulierten Bedürfnisse und die Stimmen afghanischer Frauen nicht berücksichtigt. Zwischen Dezember 2021 und Februar 2022 führte Women for Women International Telefonumfragen und Interviews mit aktuellen und ehemaligen Teilnehmerinnen¹ unserer Programme in Afghanistan durch sowie mit Frauenrechtsaktivistinnen, die ihre Arbeit sowohl vor Ort als auch außerhalb des Landes fortsetzen. Ziel dieser Gespräche war es, ihre Erfahrungen seit dem 15. August und ihre Hoffnungen für die Zukunft besser zu verstehen und die Programme von Women for Women International in dieser Krisensituation gezielt auf die Bedürfnisse der Frauen zuzuschneiden. Aus den aus erster Hand gesammelten Erkenntnissen ergeben sich konkrete Leitlinien für das, was wir als Organisation und als internationale Gemeinschaft dringend leisten müssen.

Die Stimmen marginalisierter Frauen, die von Konflikten betroffen sind, werden allzu oft überhört. Als Grundlage für künftige Bemühungen im Land müssen die Erfahrungen, Hoffnungen und Ängste dieser Frauen berücksichtigt werden, um ihren Bedürfnissen und Lebenswirklichkeiten gerecht zu werden. Basierend auf den Befragungen liefern wir in diesem Bericht Handlungsempfehlungen an die internationale Gemeinschaft; an politische Entscheidungsträger*innen, internationale Institutionen und andere Interessengruppen. Die befragten afghanischen Frauen appellieren mit überwältigender Mehrheit an die globale Gemeinschaft, sie nicht zu vergessen. Ohne deren Teilhabe sollte nichts über Afghaninnen und deren Zukunft entschieden werden – denn auch in Zukunft können und sollten sie eine tragende Rolle bei der Gestaltung der Lebensverhältnisse und dem Wiederaufbau ihres Landes spielen. Indem wir einer breiten Zielgruppe afghanischer Frauen Gehör schenken und schnell handeln, können wir gemeinsam unserer Verantwortung gerecht werden, Afghanistans Frauen bei ihrem Streben nach einer gleichberechtigteren, unabhängigeren und sichereren Zukunft zur Seite zu stehen.

Methodologie

Der erste Teil der von Women for Women International (WfWI) durchgeführten Umfrage umfasste Telefoninterviews mit 80 Frauen in drei afghanischen Provinzen im Dezember 2021. Diese Frauen waren aktive oder ehemalige Teilnehmerinnen des WfWI-Programms, welches im August 2021 nach Machtübernahme der Taliban aus Sicherheitsgründen vorübergehend eingestellt wurde.

Demographie der Befragten:

58%
verheiratet



36%
alleinstehend

6%
verwitwet



8
durchschnittliche
Haushaltsgröße

90+%
ohne formelle Bildung



Nach den ersten telefonischen Umfragen, die eine Kombination aus geschlossenen und offenen Fragen umfassten, wurden im Januar 2022 nochmals 13 der ursprünglich befragten Frauen zu längeren Interviews mit offenen Fragen eingeladen.

Zusätzlich zu den Interviews mit den Teilnehmerinnen und Absolventinnen des Programms führte WfWI detaillierte Gespräche mit sechs Frauenrechtsaktivistinnen und -expertinnen, die sich trotz der neuen Gegebenheiten weiter für die Rechte und den Schutz afghanischer Frauen einsetzen. Um die Sicherheit aller Befragten zu schützen, wurden ihre Beiträge mit den Daten aus den Telefonumfragen konsolidiert. Die kumulierten Aussagen dienen als Grundlage für spezifische politische Handlungsempfehlungen in diesem Report.

Für WfWI sind diese Erhebungen eine essenzielle Quelle zur Gestaltung unserer Programme und Ausformulierung unserer politischen Forderungen. Daher sind die hier vorgestellten programmatischen Anpassungen und Empfehlungen unmittelbar von den Umfrageergebnissen abzuleiten. Um die Adaptierungen und Forderungen in den Kontext der Daten zu setzen, haben wir diese im Verlauf des Reports in die entsprechenden Abschnitte zu den Erhebungsdaten integriert.



Foto: WfWI Programmreferentin Arizoo. WfWI's Programm wird in der Provinz Nangarhar wieder aufgenommen. Afghanistan, Februar 2022.

Ergebnisse der Situationsanalyse



Foto: WfWI Programmreferentin Arizoo. WfWI's Programm wird in der Provinz Nangarhar wieder aufgenommen. Afghanistan, Februar 2022.

Die Befragten berichteten, dass:

- sie keiner wirtschaftlichen Aktivität oder Arbeit mehr nachgehen können;
- Mädchen keinen Zugang zu Bildung haben (die Schulbesuchsdauer für Mädchen wurde auf die Zeit bis zur 6. Klasse reduziert);
- es an finanzieller Unterstützung und Zugang zu Fördermitteln mangelt;
- viele ihr Zuhause und ihre Heimatgemeinde mit ihren Familien verlassen wollen; und
- sie auf negative Bewältigungsstrategien wie Kinderarbeit, den Verkauf von Wertgegenständen sowie den Verzicht auf essenzielle Haushaltswaren zurückgreifen.

WÖCHENTLICHES EINKOMMEN



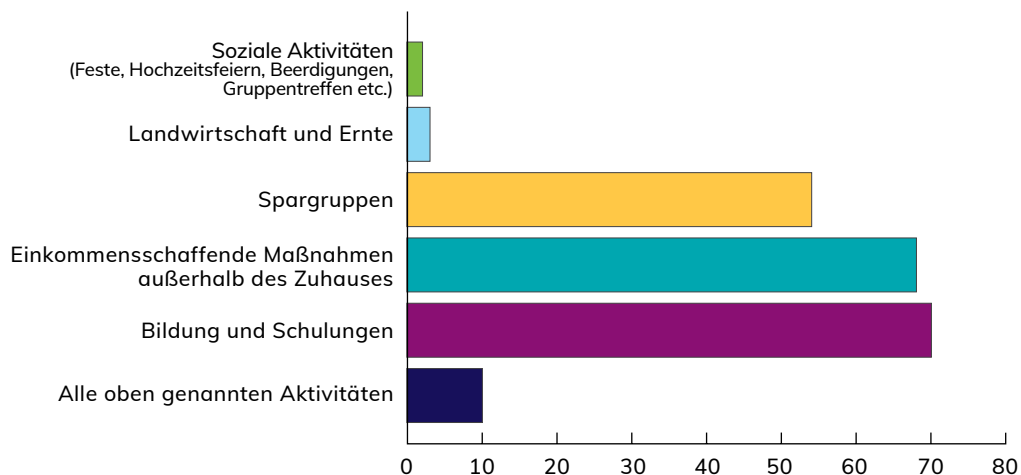
Alle 80 Frauen (100%), die im Dezember 2021 befragt wurden, gaben an, dass sich die finanzielle Situation ihres Haushalts verschlechtert hat. 45% der Frauen berichteten, dass sich ihr Einkommen reduziert hat, während die übrigen 55% auskunftsgemäß einen Totalverlust ihres Einkommens zu erleiden hatten.



Wenn ich an die Zukunft denke, bin ich verunsichert, weil alles in der Schwebe ist. Wir haben die Hoffnung und all unsere Ziele verloren; wir denken nur noch darüber nach, wie wir Geld verdienen können, um unsere Familie zu ernähren.



WELCHE AKTIVITÄTEN HABEN SIE VOR DER MACHTÜBERNAHME VERFOLGT, DENEN SIE NUN NICHT MEHR NACHGEHEN KÖNNEN?



Bezüglich der Einschränkungen der Teilhabe am öffentlichen Leben gaben 78 von 80 befragten Frauen an, dass sie keinen einkommensschaffenden Tätigkeiten außerhalb ihres Zuhauses mehr nachgehen können, die sie zuvor ausgeübt hatten. Dieses Ergebnis ist sowohl auf das vorübergehende Verbot der de facto Regierung für Frauen am Arbeitsplatz zurückzuführen als auch auf die individuelle Angst der Befragten um ihre eigene Sicherheit. Dies hat mit großer Wahrscheinlichkeit zu dem oben angegebenen Rückgang des wöchentlichen Einkommens beigetragen.

NAHRUNGSSICHERHEIT IM HAUSHALT



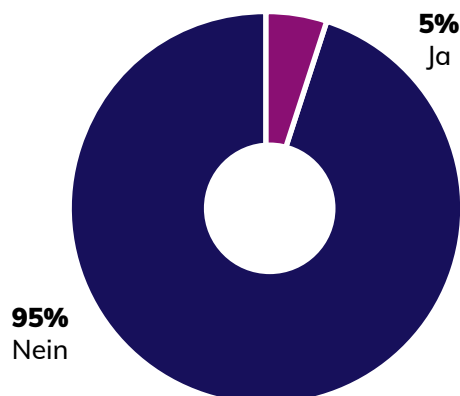
Alle Frauen berichteten von gestiegener Nahrungsmittelknappheit. Ein Drittel der Befragten gab an, „manchmal“ nicht genug zu essen zu haben, und zwei Drittel der Frauen antworteten, dass sie „oft“ nicht genug zu essen zu Hause hätten.



Es gibt Lebensmittel, die wir dringend benötigen. Doch wir können sie uns nicht leisten und wenn diese Situation lange anhält, werden viele Menschen ihr Leben verlieren, vor allem Kinder und Frauen. Das Eingreifen der internationalen Gemeinschaft und der führenden Politiker der Welt ist dringend erforderlich, um Gespräche mit Taliban, Frauen und Zivilgesellschaft zu führen – damit wir überleben und gestärkt werden.

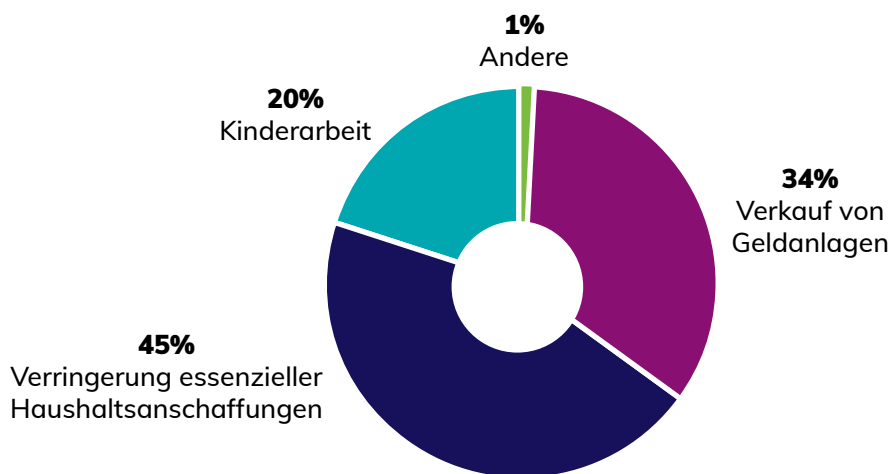


HABEN SIE SEIT AUGUST IN IHRER GEMEINDE UNTERSTÜTZUNG SEITENS DER REGIERUNG, ZIVILGESELLSCHAFT UND/ODER PRIVATPERSONEN ERHALTEN?



Auf die Frage, ob sie in ihrer Gemeinde Unterstützung erhalten haben – sei es in Form von Geld oder anderen Ressourcen – gaben nur 5% der Befragten an, dass sie von Einzelpersonen, Organisationen und/oder der Regierung unterstützt wurden. Diese Hilfe erfolgte in Form einer einmaligen Weizenspende durch die Regierung und einer finanziellen Spende durch eine Einzelperson. Diese Frage wurde allerdings gestellt, bevor der UN-Sicherheitsrat am 22. Dezember 2021 humanitäre Hilfen von den zuvor beschlossenen Sanktionen ausschloss (Resolution 2615). Seitdem konnten internationale Nichtregierungsorganisationen (NRO) ihre Präsenz und die Bereitstellung humanitärer Hilfe in den Gemeinden, die wir zuvor befragt hatten, vielerorts ausweiten. Zum Zeitpunkt der Erhebung Anfang Dezember gab jedoch keine Befragte an, Unterstützung seitens einer NRO oder anderen Hilfsorganisationen erhalten zu haben.

NEGATIVE BEWÄLTIGUNGSSTRATEGIEN



In unseren Telefonumfragen gaben 98% der Frauen an, dass sie aufgrund der Wirtschaftskrise auf negative Bewältigungsstrategien in ihrem Alltag zurückgreifen. Darunter mussten 20% ihre Kinder aus der Schule nehmen, damit diese zusätzliches Geld für die Versorgung des Haushalts verdienen können. Ein erheblicher Anteil der Frauen musste Wertsachen und Besitztümer verkaufen und den Kauf wichtiger Haushaltsgüter reduzieren.

Hinsichtlich der reduzierten Haushaltsausgaben und angesichts des Mangels an Möglichkeiten zum Einkommenserwerb berichteten die Frauen, dass sie im Winter dringend Kraftstoff zum Heizen, Holz und Gas zum Kochen, Lebensmittel, Trinkwasser, Strom und andere lebenswichtige Dinge wie Medikamente benötigen.

Angesichts der unmittelbaren humanitären Krise fordern die Frauen langfristige Unterstützungsansätze, um ihre Selbstbestimmtheit, Handlungsfähigkeit und ihre Hoffnung für die Zukunft wiederherzustellen. Dies umfasst wirtschaftliche Möglichkeiten, finanzielle Unterstützung sowie psychische Gesundheitsdienstleistungen und psychosoziale Betreuung.

Women for Women International: Anpassung unserer Programme

97%

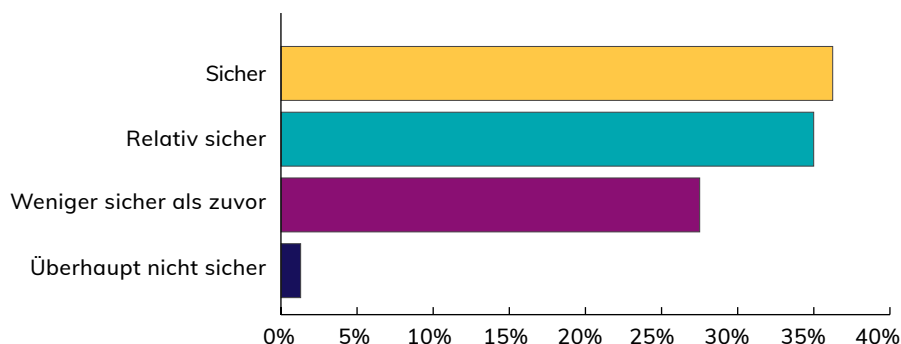
**der Frauen gaben an,
Einschränkungen
ihrer Freiheiten zu
erleben**

Nach der Machtübernahme im August 2021 mussten wir unsere Programme vorübergehend pausieren, um die Sicherheit unserer Mitarbeiter*innen und Programmteilnehmerinnen nicht zu gefährden. Wir begaben uns in ein Genehmigungsverfahren mit der de facto Regierung, um unsere Schulungen zur sozialen und wirtschaftlichen Befähigung so schnell wie möglich wieder aufnehmen zu können. Im Januar 2022 erteilte die de facto Regierung die formelle Genehmigung zur Wiederaufnahme unserer programmatischen Aktivitäten. Bei der Anpassung unserer Trainings berücksichtigten wir die sich schnell verändernde Bedarfslage der Frauen sowie umfassende Risiko- und Sicherheitsbewertungen.

Unser „Stronger Women Stronger Nations“ Programm wird in Gruppen mit mehreren Frauen und in persönlicher Form durchgeführt. Daher war und ist es von entscheidender Bedeutung, dass sich die Programmteilnehmerinnen sicher fühlen, wenn sie ihr Zuhause verlassen, um die Schulungen zu besuchen.

Während 97% der Frauen von neuen Einschränkungen ihrer Freiheit berichteten, gaben 36% der Befragten an, dass es sicher sei, ihr Haus für die Teilnahme an Schulungen zu verlassen. 35% sagten, es sei „relativ sicher“. Der Rest gab an, das Verlassen des Hauses sei weniger sicher als vor der Machtübernahme, während etwa 1% sagte, es sei überhaupt nicht sicher, das Haus zu verlassen. Die Entscheidung zu einem persönlichen Unterrichtsformat basiert auf dem geringen Alphabetisierungsgrad der Frauen, dem Mangel an Elektrizität sowie dem begrenzten Zugang zu Internet und Mobiltelefonen. Diese Faktoren erschwerten den Wechsel zu einem virtuellen Lernformat. Um den Unterricht jedoch auch im Falle künftiger Unterbrechungen weiter durchführen zu können, verteilen wir derzeit Mobiltelefone an die Teilnehmerinnen.

WIE SICHER IST ES FÜR SIE, DAS HAUS ZU VERLASSEN?

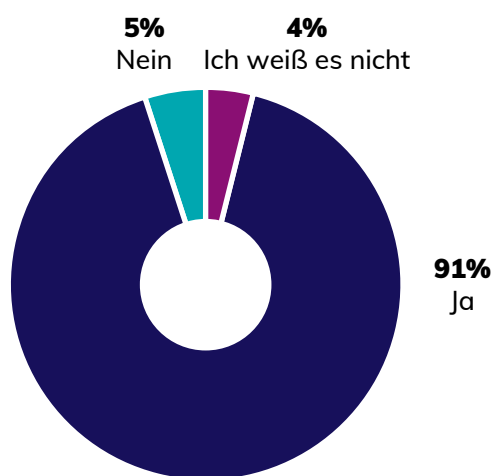


Nur 58% der Frauen besitzen ein eigenes Mobiltelefon, während 42% der Frauen angaben, dass sie sich bei Bedarf das Mobiltelefon eines anderen Haushaltsmitglieds für private Anrufe leihen können. Unser „Stronger Women Stronger Nations“ Programm kann aufgrund der o.g. genannten Faktoren (Alphabetisierungsrate, Zugang zu Mobiltelefonen und Internet) nicht in Gänze virtuell durchgeführt werden – vor allem aber auch deshalb, weil es eine praktische Berufsausbildung beinhaltet. Um die Frauen bestmöglich und bedarfsgerecht zu unterstützen, testet WfWI mobile Methoden der Geldüberweisung und bietet den Frauen telefonische psychologische Erste Hilfe an, bis alle Schulungszentren wiedereröffnet werden können.

Neben dem Zugang und der Verfügbarkeit der Frauen für potenzielle Trainings galt es, den Bedarf der Frauen für eine Wiederaufnahme der Schulungen zu prüfen. Zwei Drittel der Frauen gaben an, an einer Wiederaufnahme des Unterrichtsprogramms interessiert zu sein, sofern die Aktivitäten unter den neuen Einschränkungen der de facto Regierung als sicher gelten würden. Das verbleibende Drittel der Befragten sagte, dass sie an einer Wiederaufnahme der Schulungen unter der Prämisse interessiert wären, dass sich die Situation in ihrem Haushalt nicht weiter verschlechterte. Als WfWI Ende Januar 2022 die Schulungsprogramme in einer ersten Provinz wieder begann, nahmen 99% der ehemaligen Teilnehmerinnen wieder am Training teil.

Die finanziellen und emotionalen Auswirkungen der Geschehnisse seit letztem August haben den Wunsch der Frauen, zu den Trainings zurückzukehren, bestärkt. Besonders der Kontakt mit den Frauen aus ihrer Schulungsklasse war für viele ein essenzieller Faktor, um die Isolation, die sie zu Hause erlebt hatten, zu durchbrechen. Außerdem spielten finanzielle Engpässe eine entscheidende Rolle, insbesondere vor dem Hintergrund der kalten Wintermonate. Als wir unsere Programme wieder aufnahmen, legten wir dementsprechend einen großen Fokus auf die Auszahlung von Bargeldstipendien – einschließlich der ausstehenden Beträge – und eines Winterzuschlags, um die enorm gestiegenen Heiz- und Lebensmittelkosten zu kompensieren. Um auf die verstärkte emotionale Belastung zu reagieren, haben wir Module zur psychologischen Soforthilfe in den Lehrplan integriert. Normalerweise bietet unser „Stronger Women Stronger Nations“ Programm den Teilnehmerinnen Unterstützung beim Zugang zu externen medizinischen, rechtlichen und psychosozialen Unterstützungsleistungen („referral service“), doch diese sind derzeit extrem begrenzt.

IST IHR BEDARF AN PSYCHOSOZIALER UNTERSTÜTZUNG GESTIEGEN?



Obwohl wir Ende Januar 2022 einige Programmaktivitäten in einer afghanischen Provinz wieder aufnehmen konnten, warten wir noch auf die entsprechenden Genehmigungen für weitere Standorte. Im Rahmen der Anpassungen unserer Programme und Arbeitsabläufe mussten wir die Auslegung der Scharia durch die de facto Regierung berücksichtigen. Zu diesen Anpassungen gehören:

- Die Trennung von männlichem und weiblichem Personal im Büro.
- Die Programmkomponente zur wirtschaftlichen Stärkung und Berufsausbildung legt nun einen besonderen Fokus auf Ernährungssicherheit. Sets zum Gemüseanbau und zur Geflügelhaltung im eigenen Zuhause bieten den Frauen neben einem Einkommen auch eine Nahrungsquelle. Zudem schulen wir die Frauen im Schneidereihandwerk, da diese Tätigkeit auch zu Hause durchgeführt werden kann.
- Pausierung unseres flankierenden Change-Agent-Programms zur Stärkung der Führungsqualitäten und Advocacy-Fähigkeiten. Change Agents, die bereits vor der Machtübernahme ihr Training abgeschlossen haben, sind aufgrund der gestiegenen Gefährdungslage für Aktivist*innen besonders beunruhigt, ihre Arbeit wieder aufzunehmen.



Ich lebe durchgehend in Angst und kann das Haus nicht verlassen. [...] Selbst meinen Verwandten sage ich nicht, dass ich mich für Frauenrechte einsetze. Ich kann mit ihnen nicht über unsere Arbeit sprechen, da ich versuche, unter dem Radar zu bleiben, da unsere Mitarbeiterinnen alle mit einem Sicherheitsrisiko leben.





Wenn das Programm wieder beginnt, können wir nicht nur einen kleinen Geldbetrag erhalten, sondern auch unsere Freundinnen wieder sehen und uns mit ihnen austauschen. Es wird uns nicht nur finanziell eine Stütze sein, sondern auch seelisch helfen, da wir monatelang unsere Häuser nicht verlassen konnten.



Unsere Umfrageergebnisse und Anpassungen zeigen: Frauen sind bereit, an unserem Programm teilzunehmen, solange es für sie sicher ist und ihre ganzheitlichen, unmittelbaren und längerfristigen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Die kürzliche Rückkehr unserer Programtteilnehmerinnen in die Klassenzimmer wurde von den Frauen und Mitarbeiter*innen gleichermaßen gefeiert. Aber die Herausforderungen, denen sich WfWI und andere Frauenrechtsorganisationen bei der Erfüllung ihrer Mission gegenübersehen, werden in den kommenden Wochen und Monaten mit großer Wahrscheinlichkeit zunehmen – insbesondere, wenn die internationale Gemeinschaft nicht schnellstmöglich handelt.



Gegenwärtig gibt es für afghanische Frauen und Mädchen keine Möglichkeit, ihre Stimme zu erheben. Ihnen bleibt die Möglichkeit verwehrt, ihr Haus zu verlassen und selbst die Medien können deren Stimmen nicht verbreiten, weil sie Angst vor den Taliban haben.



Handlungsempfehlungen auf Grundlage unserer Erkenntnisse

Neben den dringenden humanitären Bedürfnissen, von denen uns die Befragten berichtet haben, hat sich eine übergreifende Botschaft aus den Interviews herauskristallisiert: Die internationale Gemeinschaft muss ihrer Verantwortung gerecht werden, indem sie ihre Ressourcen und ihren Einfluss dafür einsetzt, die Rechte afghanischer Frauen zu schützen und der humanitären Krise im Land entgegenzuwirken. Die Forderung nach Frauenrechten wird häufig als Widerspruch zur Bewältigung der humanitären und sicherheitspolitischen Krise in Afghanistan dargestellt. Aber hierbei handelt es sich keinesfalls um ein Nullsummenspiel. Frauen wurden lange Zeit bei formellen Friedensverhandlungen und auf vielen Ebenen der Entscheidungsfindung ausgeschlossen. Dies hat zur Krise beigetragen, von der afghanische Frauen heute unverhältnismäßig stark betroffen sind.

Viele der nachfolgenden Empfehlungen beziehen sich speziell auf die Rechte von Frauen und ihre Teilhabe am öffentlichen Leben in Afghanistan. Doch neben der Umsetzung dieser spezifischen Forderungen müssen politische Entscheidungsträger*innen afghanische Frauen in laufende Prozesse zur Entwicklung politischer und gesellschaftlicher Maßnahmen einbeziehen.



Ich sehe unter der derzeitigen Regierung keine Möglichkeit mehr, meine Stimme in der internationalen Sphäre zu erheben. Unter dieser Regierung werden alle, die ihre Stimme erheben, für immer zum Schweigen gebracht. Viele afghanische Frauen haben für die Rechte der Frauen protestiert, und wurden daraufhin bedroht.



Diese Handlungsempfehlungen stützen sich auf die Erkenntnisse aus unseren Befragungen afghanischer Frauen sowie auf unsere Gespräche mit Frauenrechtsaktivistinnen vor Ort. Unsere Erhebungen bilden die Grundlage für die Forderung nach einer dringenden Umsetzung bedarfsgerechter Maßnahmen seitens der internationalen Gemeinschaft. Dies schließt Regierungen, Geber, internationale Institutionen und Nichtregierungsorganisationen mit ein.

WEIBLICHE TEILHABE UND INKLUSION	
Empfehlung	Datengrundlage und Kontext
Die internationale Gemeinschaft muss alles dafür tun, dass die de facto Regierung ihre Zusage einhält, am 21. März 2022 die Schulen auch wieder für Mädchen ab der 6. Klasse (11-12 Jahre) zu öffnen. Die Bemühungen, in die Bildungsinfrastruktur und in Lehrkräfte zu investieren, müssen weiter unterstützt werden.	Der US-Sonderbeauftragte für Afghanistan, Tom West, erklärte kürzlich, dass eine der ersten Bitten der de facto Regierung nach der Übernahme Kabuls darin bestand, sie bei der Wiedereinsetzung afghanischer Beamter zu unterstützen.² Die internationale Gemeinschaft hat zudem Interesse daran gezeigt, der Gesundheits- und Bildungsinfrastruktur im Land Priorität einzuräumen. Laut vielversprechender Zusagen der de facto Regierung sollen die Sekundarschulen für Mädchen nach Nowruz – dem afghanischen Neujahr am 21. März 2022 – wieder öffnen.³ „Wenn die Taliban die Rechte der Frauen nicht anerkennen und ihnen nicht erlauben, zur Schule zu gehen und einer Arbeit nachzugehen, dann wird unsere Zukunft und die unserer Kinder düster sein. Menschen werden an Hunger und Armut sterben, und neben all den Problemen, die Frauen unter dieser neuen Regierung haben, gibt es keine Arbeitsmöglichkeiten. Dies gilt nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer – wenn diese Situation also anhält, wird unsere Zukunft kurz und schlecht sein.“ Die Frauen äußerten in unseren Befragungen düstere Zukunftsaussichten, da ihre Töchter nicht zur Schule gehen und somit keine Arbeit finden können. Bildung ist für afghanische Frauen – laut eigener Aussage – eine der wichtigsten Errungenschaften in den letzten zwanzig Jahren, die die Frauen mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft unbedingt erhalten und ausbauen wollen. Die Zusage der de facto Regierung, bis Ende März die Schulen wieder für ältere Mädchen zu öffnen und die Bildungsinfrastruktur wieder aufzubauen, sollte von der internationalen Gemeinschaft aktiv unterstützt und deren Umsetzung unabhängig überprüft werden. Zu diesem Zweck sollten zusätzliche Befragungen afghanischer Frauen und Mädchen durchgeführt werden, um ihren Zugang zu Bildung in der Praxis zu bewerten und überwachen. „Ich mache mir Sorgen um meine Zukunft und fühle mich nicht wohl. Ich bin Schülerin, und unter der neuen Taliban-Regierung wird mir jegliche Bildung vorenthalten. Ich hatte einen großen Traum für eine bessere Zukunft, aber das wird wohl ein Traum bleiben. Jeder macht sich Sorgen wegen der unsicheren Zukunft.“

WEIBLICHE TEILHABE UND INKLUSION

Empfehlung	Datengrundlage und Kontext
Es liegt in der Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, mit der de facto Regierung einen Dialog zur Förderung von Frauenrechten zu führen. Gleichzeitig muss die internationale Gemeinschaft an der Position festhalten, die de facto Regierung nicht formell anzuerkennen, wenn diese sich nicht ausdrücklich dazu verpflichtet, nationale Gesetze zu verabschieden, die die volle Gleichberechtigung afghanischer Frauen ermöglichen (einschließlich Bildung, Beschäftigung und Teilhabe am öffentlichen Leben).	Viele Frauen gaben an, dass ihre wichtigste Bitte an die internationale Gemeinschaft darin besteht, die de facto Regierung nicht formell anzuerkennen, bevor diese die Rechte der Frauen nicht ausdrücklich gewährleistet hat. Die internationale Gemeinschaft soll auf die Gewährleistung folgender Rechte für Frauen durch die de facto Regierung pochen: • Recht auf Bildung • Recht auf Beschäftigung/Arbeit • Rechtliche Rahmenbedingungen zur Verhinderung der Gewalt an Frauen • Verbot von Zwangsheirat⁴ • Einbindung in die Regierung „Das Erste und Einzige, was das afghanische Volk von der internationalen Gemeinschaft und der Politik erwarten kann, ist, dass sie die Taliban-Regierung nicht akzeptieren. Oder sie zumindest dazu zu bringen, die Rechte der Frauen zu akzeptieren – wir wollen unsere ureigenen Rechte wahrnehmen.“
Die internationale Gemeinschaft muss Afghaninnen fortlaufend nach ihren Erfahrungen, Lebensrealitäten und Bedürfnissen befragen. Nur so kann ein sinnvoller Konsultationsprozess für die Entscheidungsfindung in der Afghanistan-Politik gewährleistet werden.	„Die internationale Gemeinschaft muss auf unsere Stimmen hören, wenn es um die Rechte der Frauen geht, z.B. im Hinblick auf Bildung und Arbeit. Sie sollte die Taliban davon überzeugen, den Frauen gleiche Rechte in der Gesellschaft zu gewähren.“ Die Befragten haben mit überwältigender Mehrheit geäußert, dass sie sich von der internationalen Gemeinschaft nach wie vor <u>überhört und übersehen</u> fühlen.⁵ Viele Gespräche finden mit afghanischen Frauen statt, die ihr Land bereits aufgrund der akuten Gefährdungslage verlassen haben. Es ist jedoch von entscheidender Bedeutung, ein breiteres Spektrum von Frauen in Afghanistan in die Konsultationsprozesse mit einzubeziehen. Nur so kann die ganze Bandbreite afghanischer Lebenswirklichkeiten und die täglichen Herausforderungen marginalisierter Afghaninnen, die besonders unter der humanitären und wirtschaftlichen Krise leiden, in die Reaktion der internationalen Gemeinschaft einfließen. „Seit sechs Monaten fordern wir unsere Grundrechte ein, aber niemand setzt sich für unsere Rechte ein oder hört unsere Stimmen.“

WIRTSCHAFTLICHE UND HUMANITÄRE KRISE

Empfehlung	Datengrundlage und Kontext
Die internationale Gemeinschaft, insbesondere die Regierungen der Geberländer und internationale Finanzinstitutionen, sollten eine langfristig angelegte Lösung entwickeln, die ein Gleichgewicht zwischen der Funktionsfähigkeit der afghanischen Zentralbank, dem Zugang der Afghan*innen zu ihren Bankkonten sowie der Wiederaufnahme privater Geschäftstätigkeiten ermöglicht.	„Die internationale Gemeinschaft sollte Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und der afghanischen Bevölkerung helfen, sich selbst zu versorgen; Hilfe für ein oder zwei Monate kann nicht ausreichen und unsere Probleme nicht lösen.“ Die Konzentration der internationalen Gemeinschaft auf humanitäre Hilfsmaßnahmen war unmittelbar nach der Machtübernahme der de facto Regierung in Kabul unabdingbar. Der ausschließliche Fokus auf humanitäre Hilfe hat jedoch die Notwendigkeit einer nachhaltigen Lösung untergraben, um der afghanischen Bevölkerung auch langfristig einen Weg aus Aussichtslosigkeit und Armut zu bieten. Die Befragten berichteten, dass Nahrungsmittel und andere lebensnotwenige Dinge oft verfügbar seien, sie aber kein Geld hätten, um sich diese Dinge leisten zu können. Frühere Berichte über negative Bewältigungsstrategien wie Kinderarbeit und den Verkauf von Geldanlagen und Besitztümern wurden durch zusätzliche Berichte über den Verkauf von Kindern und Körperteilen ergänzt. Dies wurde von Frauenrechtsaktivistinnen, mit denen wir gesprochen haben, bestätigt. Diese sind zudem nicht in der Lage, ihre Mitarbeiter*innen zu bezahlen oder ausreichend Fördermittel für die Durchführung angepasster Aktivitäten im Land zu akquirieren. Um dieser Empfehlung nachzukommen, muss die US-amerikanische Regierung zudem jüngste finanzpolitische Entscheidungen überdenken, private afghanische Gelder der afghanischen Zentralbank umzuwidmen. „Diese Geldanlagen gehören dem afghanischen Volk. Die Zentralbank und die Wirtschaft müssen unterstützt werden, wenn die Menschen überleben sollen. Afghaninnen und Afghanen diese Gelder zu entziehen, ist die unfreundlichste und unangemessenste Reaktion für ein Land, das die verheerendste humanitäre Krise seiner Geschichte durchmacht.“⁶ Die internationale Gemeinschaft muss eine langfristig angelegte finanzielle Lösung entwickeln, die die Selbstversorgung der afghanischen Bevölkerung aufrechterhält, die Liquidität und die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit wiederherstellt und die Funktionsfähigkeit des afghanischen Bankensystems unterstützt. Ohne eine solche Lösung wird keine noch so große humanitäre Hilfe ausreichen, um die Armut und die Hungersnot im Land zu beenden.

UNTERSTÜTZUNG DER AFGHANISCHEN FRAUENRECHTSBEWEGUNG INNERHALB UND AUSSERHALB AFGHANISTANS

Empfehlung	Datengrundlage und Kontext
Geberinstitutionen und Geberstaaten müssen sich von den lokalen Frauenrechtsorganisationen und deren Erfahrungen leiten lassen. Sie sollten ihnen eine flexible Grundfinanzierung zur Verfügung stellen, die ihre Gehälter und Programmaktivitäten abdeckt, die über humanitäre Hilfsmaßnahmen hinausgehen.	„Die internationale Gemeinschaft zeigt der Welt ein anderes Gesicht als der afghanischen Bevölkerung. Es sind oft nur leere Worte. Verschließen Sie nicht Ihre Augen vor afghanischen Frauen.“ In Interviews mit Frauenrechtsorganisationen wurde deutlich, dass internationale Geber Maßnahmen zu Gender- und Frauenrechten nach der Machtübernahme aus allen genehmigten Finanzierungen gestrichen haben. Die Befragten berichteten von Fällen, in denen Geber Programmänderungen vornahmen, die in einigen Fällen die Wiederaufnahme der Aktivitäten verzögerten. Im Falle einer Fortsetzung schränkten die Änderungen den Spielraum der Organisationen ein, ihrem Auftrag zur Unterstützung afghanischer Frauen und zur Förderung der Frauenrechte gerecht zu werden. Die Befragten berichteten von folgenden Szenarien: • Wechsel zu einer männlichen Organisationsleitung, um einen Austausch mit dem Wirtschaftsministerium zu ermöglichen, da die de facto Regierung nicht mit Frauen an der Spitze nationaler und lokaler NROs spricht. • Ablehnung von Projekten, die sich ausdrücklich auf Frauenrechte oder die Gleichstellung der Geschlechter beziehen. Aufforderung der Organisationen, ihre finanzierten Projekte/Aktivitäten zu ändern, um sensible Aktivitäten zu streichen, da die de facto Regierung offiziell keine solchen Maßnahmen erlaubt. • Projekte zur wirtschaftlichen Stärkung wurden ausgesetzt oder in sofortige humanitäre Hilfe umgewandelt, anstatt die mittel- bis langfristig angelegten Ansätze beizubehalten, die Afghaninnen vor Ort bevorzugen. • Befragte Frauenrechtsorganisationen berichteten, dass einige Staaten ihnen die Unterstützung verweigern, solange die de facto Regierung keine klareren Richtlinien für erlaubte Programmaktivitäten erlässt. • Aufgrund dieser Reaktionen einiger Geber und Staaten sind einige Frauenrechtsorganisationen nicht in der Lage, Mitarbeiter*innen zu bezahlen oder Mittel für die Durchführung angepasster Aktivitäten im Land zu akquirieren. „Die internationale Gemeinschaft sollte die Projekte in Afghanistan umsetzen, die bereits zuvor durchgeführt wurden und uns bei der Schaffung von Erwerbsmöglichkeiten für Männer und Frauen helfen.“ Einige Frauenrechtsorganisationen artikulierten zudem Sicherheitsbedenken, die entsprechende Anpassungen verlangten: Sie würden ebenfalls ihre Arbeit nicht mehr im Kontext von „Women’s Empowerment“ einordnen, sondern aktiv umgestalten. Sie zögen es jedoch vor, wenn Geber den lokalen Organisationen mehr Flexibilität und Entscheidungsspielraum einräumen würden, damit sie ihre Maßnahmen zur Stärkung der Rolle der Frau im Land an die Gegebenheiten anpassen und nach Möglichkeit wieder aufnehmen können – anstatt zu verlangen, dass sie diese Aktivitäten vollständig aus den geförderten Projekten streichen.

UNTERSTÜTZUNG DER AFGHANISCHEN FRAUENRECHTSBEWEGUNG INNERHALB UND AUSSERHALB AFGHANISTANS

Empfehlung	Datengrundlage und Kontext
Die de facto Regierung muss den Schutz von Leben und Eigentum sowie die Bewegungsfreiheit afghanischer Frauenrechtsaktivistinnen und den Mitarbeiter*innen von Frauenrechtsorganisationen gewährleisten.	Im Oktober 2021 berichteten verschiedene Organisationen von Einschränkungen durch bei der effektiven Leistung humanitärer Hilfe, insbesondere durch die Zugangs- und Bewegungsbeschränkungen für weibliche Mitarbeiterinnen von Hilfsorganisationen.⁷ In einer Rede sagte der US-Sonderbeauftragte, Tom West: „Als wir den Dialog mit den Taliban begannen, erinnere ich mich daran, dass weibliche Helfer nur in vier oder fünf Provinzen ihrer Arbeit nachgehen konnten. Heute sind es 34. Das entspricht einem landesweiten Zugang.“ Laut West könne man der de facto Regierung diesen verbesserten Zugang humanitärer Hilfsorganisationen zugutehalten.⁵ Humanitäre Organisationen und Frauenrechtsorganisationen sind jedoch der Ansicht, dass viele der bestehenden Beschränkungen Frauen noch immer einen ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe verwehren, wie das Erfordernis eines mahram (meist männlicher Verwandter, der im Islam als Aufsichts- und Begleitperson dient). Darüber hinaus haben Vergeltungsmorde und Entführungen bei den befragten Frauen Ängste hinsichtlich ihrer Zukunft und Zweifel an einer uneingeschränkten Teilhabe am öffentlichen Leben ausgelöst.⁸ Die de facto Regierung hat wiederholt mitgeteilt, dass diese Praktiken gegen die angekündigte Generalamnestie verstoßen. Viele Regierungen und afghanische Frauen selbst vermuten jedoch, dass Vergeltungstötungen und Entführungen von Frauen noch immer praktiziert werden und häufig im Dunkeln bleiben.⁹ Die de facto Regierung sollte darin bestärkt werden, ihre Politik der Generalamnestie in die Praxis umzusetzen und Verstöße und Abweichungen von diesem Grundsatz ahnden. „Wir wissen nicht, wo wir unsere Stimme erheben können – während wir auf der anderen Seite nicht den Mut haben, unsere Stimme zu erheben. Wir wissen, dass einige Leute, die ihre Meinung gesagt haben, von den Taliban getötet wurden [...]. Sogar die Medien haben Angst, Dinge auszusprechen, oder von Demonstrationen zu berichten, wo Menschen ihre Rechte einfordern.“ Viele von uns befragte Frauenrechtsvertreterinnen äußerten Sicherheitsbedenken in Bezug auf: • Sicherheit der Mitarbeiter*innen: Die Frauenrechtsorganisationen sind um die Sicherheit ihrer Mitarbeiter*innen besorgt, die im Rahmen ihrer Arbeit ins Büro gehen oder an einen Projektstandort reisen müssen. Dies gilt insbesondere für Organisationen, die ausschließlich oder hauptsächlich weibliche Mitarbeiter*innen haben, die wiederum befürchten, im Büro ohne mahram angetroffen zu werden. • Instandhaltung von Material und Büros: Die Organisationen berichten, dass Besitztümer und Büroräume (sowohl gemietete als auch eigene) von der de facto Regierung beschlagnahmt wurden. Es bleibt unklar, wie diese zurückerlangt werden können. • Sicherheit der Zielgruppen in den Gemeinden: Ohne eine explizite Garantie der de facto Regierung, die eine sichere Durchführung der Programmaktivitäten gewährleistet, haben die Zielgruppen der von uns befragten Organisationen Angst, an Aktivitäten teilzunehmen oder Unterstützung zu suchen.

UNTERSTÜTZUNG DER AFGHANISCHEN FRAUENRECHTSBEWEGUNG INNERHALB UND AUSSERHALB AFGHANISTANS

Empfehlung	Datengrundlage und Kontext
Die internationale Gemeinschaft muss eine globale Bewegung für die Rechte der Afghaninnen unter der Führung afghanischer Frauen unterstützen, indem sie Mittel bereitstellt, Prioritäten setzt, und Koordinierungsmechanismen unterstützt.	„Das Wichtigste für die Förderung von Frauenrechtsorganisationen bei der Erfüllung ihrer Mission ist die offizielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Wenn größere Organisationen Umsetzungspartner vor Ort zur Förderung suchen, haben nur etwa 5% dieser Organisationen weibliche Mitarbeiterinnen. Sie machen sich bei der Auswahl der Projektpartner häufig nicht die Mühe, eine Bewertung der Bedarfslage vorzunehmen, um zu sehen, wer in dem Gebiet aktiv ist, um die Maßnahmen im Land überhaupt durchzuführen. Derzeit ignoriert die Welt die Rolle der Frauen nicht nur im öffentlichen Leben und auf Regierungsebene, sondern auch in der Zivilgesellschaft, wo wir mit aller Kraft versuchen, unsere Arbeit fortzusetzen.“ Die Frauenrechtsorganisationen brachten zudem zum Ausdruck, dass sie das Gefühl haben, die internationalen Geber hätten zu früh aufgegeben. Die ihnen zur Verfügung stehenden Druckmittel gegenüber der de facto Regierung seien nicht ausreichend eingesetzt worden, um die laufenden Programme aufrechtzuerhalten. Es hätte mehr politischer Druck ausgeübt werden müssen, um die Weiterführung von Projekten zu sichern, die über die humanitäre Hilfe hinausgehen. In der Vergangenheit habe die internationale Gemeinschaft die Gleichstellung der Geschlechter sowohl bei der Personalausstattung als auch bei den Zielgruppen humanitärer Hilfsprojekte noch berücksichtigt. Die befragten Organisationen stellten jedoch fest, dass dieser Aspekt in letzter Zeit in den Hintergrund getreten sei. Zugleich stellten die Frauenrechtlerinnen fest, dass größere multilaterale Institutionen und Geber bei der Bereitstellung humanitärer Fördermittel weiterhin Wert auf Gender Mainstreaming und Gleichstellung legen sollten. Befragte Frauenrechtlerinnen berichteten außerdem, es sei schwierig, in der Frauenrechtsbewegung gemeinsame Positionen und Forderungen zu entwickeln, ohne sich einer potenziellen Gefahr auszusetzen. Im Zuge der Unterstützung des Austauschs zwischen afghanischen Frauen und Frauenrechtlerinnen außerhalb Afghanistans muss sichergestellt werden, dass afghanische Frauen selbst weiterhin an der Spitze dieser Bewegung stehen. Nur so können Erfahrungen von nicht-englischsprachigen Frauen gehört werden, die noch in Afghanistan leben und oft keine Plattform haben, um sich gegenüber der internationalen Gemeinschaft Gehör zu verschaffen.

NATIONALE GESETZE UND POLITISCHE LEITLINIEN

Empfehlung	Datengrundlage und Kontext
Beim Einsatz für eine humanitäre und frauenrechtliche Politik sollte die internationale Gemeinschaft auf ausdrückliche Gesetze und Leitlinien auf nationaler Ebene drängen sowie auf die Schaffung einer Behörde, die für die Umsetzung dieser Gesetze und Leitlinien zuständig ist. Die de facto Regierung sollte Gesetze und Leitlinien schaffen, um die Zivilgesellschaft und Frauenrechtsorganisationen bei den Programmanpassungen und der Wiederaufnahme von Aktivitäten sowie der Projektumsetzung zu unterstützen.	Internationale Regierungen und Geberorganisationen haben den nötigen Einfluss und Zugang, um mit der de facto Regierung zu verhandeln, der vielen nationalen und lokalen NROs fehlt. In Interviews nannten Frauenrechtsorganisationen die mangelnde Politikkohärenz, Transparenz und Koordinierung sowie das Fehlen spezifischer Gesetze und Kontrollinstanzen als eine der größten Herausforderungen bei der Wiederaufnahme ihrer Arbeit. Die unterschiedliche Auslegung nationaler Verordnungen und Regelungen auf Provinz- und lokaler Ebene hat zu Verzögerungen, Widersprüchen und verschärften Sicherheitsrisiken für Mitarbeitende geführt. Befragte Frauenrechtlerinnen berichteten, dass Mitarbeiter*innen mancherorts von den lokalen Behörden von der Implementierung genehmigter Aktivitäten abgehalten wurden. Ohne ein Gesetz und eine einheitliche Regelung besteht für die Mitarbeiter*innen ein erhöhtes Risiko bei der Wiederaufnahme der Arbeit sowie bei Reisen zu genehmigten Projektaktivitäten. Die Befragten berichteten zudem von Verwirrung in der Zivilgesellschaft bzgl. aktueller Richtlinien: „Wenn die Zivilgesellschaft ein Anliegen hat, wissen wir nicht einmal, wohin wir uns wenden sollen.“

VERPFLICHTUNGEN DER UN ZUR FÖRDERUNG VON FRAUENRECHTEN UND HUMANITÄRER HILFE

Empfehlung	Datengrundlage und Kontext
Die Vereinten Nationen und deren Mitgliedstaaten müssen die Rechte der Frauen und deren Inklusion in die Gesellschaft ausdrücklich als strategisches Ziel und Priorität in das neue Mandat der Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) aufnehmen, das am 17. März 2022 verabschiedet werden soll.	Der jüngste Bericht des UN-Generalsekretärs über Frieden und Sicherheit in Afghanistan zeigt, in welchem Ausmaß Frauen vom öffentlichen Leben in Afghanistan ausgeschlossen und ihre Rechte seit August 2021 beschnitten wurden.¹⁰ In den strategischen Zielen und Prioritäten der UN fehlt jedoch ein ausdrücklicher Hinweis auf die Rechte der Frauen. Auch bei der sechsmonatigen Verlängerung des UNAMA-Mandats im Jahr 2021 wurden Frauen und Mädchen (aufgrund von Chinas und Russlands Einwirken) nicht ausdrücklich erwähnt – obwohl das ursprüngliche Mandat die Rechte der Frauen als zentrales Ziel und Priorität festgelegt hatte.¹¹ Das erneuerte UNAMA-Mandat muss diese Prioritäten beibehalten und weiter vertiefen. Zudem sollte ein unabhängiger Monitoring-Mechanismus zur Prüfung der Mandatsumsetzung angewandt werden, dem die de facto Regierung bereits zugestimmt hat. „Die Vorgehensweise der internationalen Gemeinschaft verstärkt indirekt und direkt die Vorstellung der Taliban hinsichtlich der Rolle der Frau – in ihren Aussagen und in ihrem Handeln.“ Die Befragten forderten die internationale Gemeinschaft explizit dazu auf, die Wahrung der Rechte von Frauen und Mädchen als unabdingbare Voraussetzung für jeglichen Austausch mit der de facto Regierung zu machen. Die UN sind ein wichtiger globaler Akteur und das UNAMA-Mandat fasst die Prioritäten und Strategie der internationalen Gemeinschaft für das Engagement in Afghanistan zusammen. Wenn die Weltgemeinschaft die Rechte der Frauen schützen möchte, darf sie nicht zulassen, dass die Rechte afghanischer Frauen als zentrale Priorität im UNAMA-Mandat zurückgedrängt werden.

Empfehlung	Datengrundlage und Kontext
Die Vereinten Nationen und deren Mitgliedstaaten müssen die Handlungsfähigkeit zivilgesellschaftlicher und humanitärer Akteure – einschließlich nationaler und lokaler NROs – sowie die Umsetzbarkeit humanitärer Einsätze in Afghanistan zu einem strategischen Ziel und einer Priorität machen.	Das afghanische Wirtschaftsministerium hat „Überwachungs- und Kontrollrichtlinien“ festgelegt, mit denen die Arbeit von NROs und anderen humanitären Akteuren in Afghanistan überwacht und kontrolliert werden soll. Diese Leitlinien stehen im Widerspruch zu den Grundprinzipien humanitärer Hilfe, insbesondere zum Grundsatz der Unabhängigkeit. Dieser sieht vor, dass humanitäre Maßnahmen „unabhängig von den politischen, wirtschaftlichen, militärischen oder sonstigen Zielen sein müssen, die ein Akteur in Bezug auf die Gebiete verfolgt, in denen humanitäre Maßnahmen durchgeführt werden“. ¹² Die Überwachungs- und Kontrollrichtlinien würden zudem die NROs bei der Durchführung ihrer Programme erheblich behindern. Außerdem würden sie den Handlungsspielraum der internationalen Gemeinschaft einschränken, insbesondere im Hinblick auf die Beschäftigung weiblicher NRO-Mitarbeiterinnen im Land und den Schutz männlicher Mitarbeiter vor einer Rekrutierung als Taliban-Kämpfer. Diese beiden Punkte wurden in unseren Gesprächen mit Frauenrechtsorganisationen als vorrangig bezeichnet. Humanitäre Vertreter*innen befürchten eine Beeinträchtigung der programmatischen Arbeit durch die Überwachungs- und Kontrollrichtlinien und appellieren an eine geschlossene internationale Verurteilung.



Foto: WfWI Programmreferentin Arizoo. WfWI's Programm wird in der Provinz Nangarhar wieder aufgenommen. Afghanistan, Februar 2022.

Es ist jetzt an der Zeit, afghanischen Frauen zuzuhören und ihnen beizustehen

Die internationale Gemeinschaft hat die große Verantwortung, eine schnelle, angemessene und bedarfsgerechte Reaktion auf die Geschehnisse in Afghanistan zu entwickeln. Diese muss dem afghanischen Volk sowohl kurz- als auch langfristig helfen und insbesondere afghanische Frauen und Mädchen dabei unterstützen, ihren Lebensunterhalt zu sichern und die Rechte wahrzunehmen, für die sie zwanzig Jahre lang gekämpft haben. Unsere Handlungsempfehlungen, gepaart mit der fortlaufenden Verpflichtung, Afghanistans Frauen nach ihren Erfahrungen und Bedürfnissen zu befragen, bilden die Grundlage für die Wahrung der Menschenrechte und die Handlungsfähigkeit afghanischer Frauen in der Zukunft.



Wenn die Taliban die Rechte der Frauen nicht anerkennen und uns nicht erlauben, zu arbeiten, dann ist die Zukunft Afghanistans dunkel und unsicher, vor allem für uns Frauen. Denn wenn sie uns unsere Freiheit nehmen, können wir nicht zur Schule gehen, wir können nicht offen sprechen, um unsere Rechte einzufordern, wir können kein Geld verdienen und unser Leben nicht so leben, wie es Frauen in anderen Ländern tun. Die Menschen leiden an Hunger und haben derzeit nichts zu essen, wie sollen sie da Hoffnung für eine bessere Zukunft haben?



References

- ¹ Wenn wir in diesem Report von „Teilnehmerinnen“, „Afghaninnen“ und „Frauenrechtsaktivistinnen“ sprechen, beziehen wir uns auf weiblich gelesene marginalisierte Personen, die an unserem einjährigen Programm in Afghanistan teilnehmen, sowie auf weiblich gelesene Frauenrechtsaktivistinnen. Wir möchten hiermit jedoch keine Annahmen über die individuelle Geschlechtsidentifizierung und sexuelle Orientierung dieser Personen treffen.
- ² U.S. engagement with Afghanistan after six months of Taliban rule. United States Institute of Peace. (2022, February 16). Retrieved February 22, 2022, from <https://www.usip.org/events/us-engagement-afghanistan-after-six-months-taliban-rule>
- ³ Al Jazeera. (2022, January 17). Taliban says all Afghan girls will be back in school by March. Women's Rights News . Retrieved February 22, 2022, from <https://www.aljazeera.com/news/2022/1/17/taliban-says-will-open-all-schools-for-girls-across-country>
- ⁴ Ein ausdrückliches Verbot wurde bereits im Dezember 2021 in einem Sondererlass der de facto Regierung beschlossen, wird aber Berichten zufolge noch nicht umgesetzt.
- ⁵ Women for Women International Deutschland. (2021). Aktionsagenda "Unheard. Unseen."
- ⁶ Afghan Women's Network, Women Caucus and Women Commission of Afghan Parliament, Women Coalition for Peace Our Voice Our Future, Afghan American Women Association, & Afghan Women Peace and Freedom Organization (AWPFO). (2022, February 13). An Open Letter to President Joe Biden. Retrieved February 16, 2022, from <https://acrobat.adobe.com/link/review?url=urn%3Aaadid%3Aascds%3AUS%3A0e9aee09-0d0a-45b3-b19b-f8219a92df1d#pageNum=6>.
- ⁷ Human Rights Watch. (2022, February 10). Afghanistan: Taliban blocking female aid workers. News. Retrieved February 22, 2022, from <https://www.hrw.org/news/2021/11/04/afghanistan-taliban-blocking-female-aid-workers>
- ⁸ RFE/RL. (2022, January 31). UN chief accuses Taliban of scores of revenge killings since seizing control in Afghanistan. Gandhara. Retrieved February 22, 2022, from <https://gandhara.rferl.org/a/un-accuses-taliban-revenge-killings/31678540.html>
- ⁹ U.S. engagement with Afghanistan after six months of Taliban rule. United States Institute of Peace. (2022, February 16). Retrieved February 22, 2022, from <https://www.usip.org/events/us-engagement-afghanistan-after-six-months-taliban-rule>
- ¹⁰ United Nations Secretary General. (2022). The situation in Afghanistan and its implications for international peace and security. United Nations. https://unama.unmissions.org/sites/default/files/sg_report_on_afghanistan_january_2022.pdf
- ¹¹ Afghanistan: UNAMA mandate renewal. Security Council Report. (2021, September 16). Retrieved February 22, 2022, from <https://www.securitycouncilreport.org/whatsinblue/2021/09/afghanistan-unama-mandate-renewal.php>
- ¹² United Nations Office for the Coordination of Humanitarian Affairs. (2012, June). What are humanitarian principles - OCHA. Retrieved February 22, 2022, from https://www.unocha.org/sites/dms/Documents/OOM-humanitarianprinciples_eng_June12.pdf



WOMEN FOR WOMEN
INTERNATIONAL